
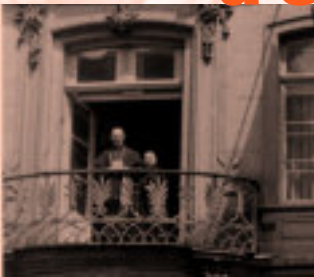




***Ein Zeichen  
der Versöhnung***



***Die Entschädigung der  
ZWANGSARBEITER  
im Erzbistum Köln***

**„... Wir bitten Sie, das Ihnen zu-  
gefügte Unrecht, an dem auch die  
Katholische Kirche Mitschuld trägt,  
zu verzeihen. ...“**

*(aus dem Bewilligungsschreiben des Caritasverbandes an die kirchlichen Zwangsarbeiter)*

## **Inhalt**

<i>Zwangsarbeiter – auch bei der Katholischen Kirche?</i>	2
<b>Kirche im “Dritten Reich”</b>	4
<hr/>	
<b>Quellenlage</b>	9
<hr/>	
<b>Recherche im Erzbistum Köln</b>	10
<hr/>	
<b>Ergebnis</b>	13
<i>Einzelschicksale</i>	17
<hr/>	
<b>Entschädigung und Versöhnung</b>	22
<hr/>	



## **"Zwangsarbeiter" – auch bei der Katholischen Kirche?**

Im Zweiten Weltkrieg (1939-45) haben Firmen, Handwerker und Landwirte in Deutschland ausländische Zivilarbeiter in großer Zahl beschäftigt. 1944 war jeder vierte Arbeitnehmer in Deutschland ein Ausländer. Der Staat deportierte systematisch Menschen in großer Zahl, um sie zur Zwangsarbeit im "Reich", unter oft schlimmsten Arbeitsbedingungen, zu zwingen. Doch hatte sich die Gesellschaft – Forschung, Politik und Medien –



jahrzehntelang kaum mit der Frage beschäftigt. Durch die Stiftungsinitiative der Wirtschaft erhielt das Thema im Jahr 2000 plötzliche Aktualität. Das deutsche Volk bejahte und unterstützte überwiegend die späte Entschädigung der noch lebenden ehemaligen Fremd- bzw. Zwangsarbeiter. Seither beschäftigt sich die Katholische Kirche mit der Zwangsarbeiterthematik. Inwieweit, so fragte man sich nun, war auch die Kirche damals als Arbeitgeber in das System der Zwangsarbeit involviert? Eine zuverlässige Antwort war schwierig. Nur einige wenige ältere Ordensmitglieder hätten die Frage verlässlich beantworten können. Es galt, rasch vollständige Klarheit zu gewinnen. Nach ersten Medienberichten über Zwangs-

arbeiter im Dienst der Kirche hat diese sich vorbehaltlos der historischen Wahrheit gestellt, indem sie ergebnisoffen nach allen Richtungen die historischen Dokumente befragte. So begannen im Juli 2000 im Erzbistum Köln wie in anderen Bistümern intensive Recherchen, und schon nach wenigen Tagen stand schwarz auf weiß fest: Auch die Kirche hatte 1939-45 Zwangsarbeiter beschäftigt. Am 28. August 2000 entschieden sich die Bischöfe für den schwierigen eigenständigen Weg

**„... Wir wissen, dass es sich nur um eine symbolische Geste handeln kann, die jedoch unseren guten Willen zeigen soll. ...“**

*(aus dem Bewilligungsschreiben des Caritasverbandes an die kirchlichen Zwangsarbeiter)*

einer direkten Ermittlung und Entschädigung der kirchlichen Zwangsarbeiter. Anders als bei der Stiftungsinitiative der Wirtschaft sollten alle Betroffenen – ihre Anzahl war kaum zu kalkulieren – in den Genuss eines versöhnenden Zeichens der Entschädigung kommen.

Diese Schrift möchte aus der Sicht des für die Zwangsarbeiterermittlung Beauftragten, Dr. Ulrich Helbach, zeigen, wie das Erzbistum Köln seither mit der Zwangsarbeiterthematik umgegangen ist. Sie soll ein bis vor kurzem unbekanntes Kapitel der Bistumsgeschichte beleuchten und dabei zugleich zeigen, was dies für die Beteiligten heute bedeutet.

# Kirche im „Dritten Reich“

Die menschenunwürdige Zwangsverpflichtung von Frauen und Männern anderer Nationalitäten als Arbeitskräfte in Deutschland war nur eine

der zahllosen Unrechtsmaßnahmen des "Dritten Reiches", die bald nach "Machtübernahme" Hitlers 1933 einsetzten. Der NS-Staat zielte auf die völlige Indienstnahme des Menschen und die totale Unterwerfung anders denkender Teile der Gesellschaft. Die Katholische Kirche war seit 1933 verschiedensten Angriffen ausgesetzt. Das Regime hat versucht, mit Druck, bis hin zu Bespitzelung, Einschüchterung und Terror, das Kirchenvolk

aus seiner Bindung an die Priester und Bischöfe herauszulösen. Christliche Werte und Normen sollten aus

dem Leben beseitigt und eine im Sinne der NS-Ideologie "gleichgeschaltete" Gesellschaft geschaffen werden. Trotz anfänglicher nationaler Begeisterung von politisch rechts orientierten Katholiken hat die Kirche sich von Anfang an gegenüber der NS-Ideologie abgegrenzt. Dennoch sahen sich die Bischöfe nach dem Eintritt Hitlers in die Regierung genötigt, ihre Warnungen vor der NSDAP ein Stückweit zurückzunehmen. Mit dem Abschluss des Reichskonkordates 1933 erlangte die Kirche eine wichtige Rechtsbasis zur Verteidigung der eigenen Interessen. Trotzdem hat das Regime schon bald durch systematische Verfolgung die

*Der junge Erzbischof Frings 1942*



*Kölner Fronleichnamprozession um 1937. – Während der Erteilung des sakramentalen Segens vor dem Dom erheben zwei Polizisten (links im Bild) den rechten Arm zum Hitlergruß.*

konfessionellen Verbände, Presse, Schulen in ihrem Wirken eingeengt und schließlich beseitigt. Kardinal Schulte, der die Gefahr schon sehr früh erkannte, hat gegengesteuert. Nach außen zauderhaft erscheinend, hat er im Inneren dazu beigetragen, dass der Kern des kirchlichen Wirkens, Gottesdienst und Seelsorge, gestärkt wurde und dem einzelnen Christen die "Bewährungsprobe des Entweder-Oder" erspart blieb. Politisch standen alle Bischöfe im Dilemma, das unmenschliche Regime

dennoch bis zu einem gewissen Grade als Obrigkeit zu achten, wodurch ihre Abwehrmittel beschränkt blieben. Mit am klarsten aber hat der junge Erzbischof Josef Frings 1942/44 offen in Hirtenworten und Predigten die menschenfeindlichen Maßnahmen angeprangert. Er hat konkret auch gegen das "himelschreiende Unrecht" an den Juden protestiert und die Tötung aus rassistischen Motiven im angeblichen Interesse des Gemeinwohls beim Namen genannt.

## Kirche im „Dritten Reich“

Bei Kriegsbeginn 1939 war die Kirche in ihrem Wirken bereits weitestgehend aus der Öffentlichkeit in den inneren Bereich, hinter die Kirchenmauern zurückgedrängt, aber dennoch ungemein lebendig. Durch-



*Werkunterricht in einem katholischen Kinderheim in Köln.*

schnittlich 38 Prozent der Katholiken im Erzbistum Köln besuchten zu dieser Zeit die Sonntagsmesse. Die Bischofsweihe von Frings und seine Antrittsreise durch die Pfarreien wurden von zahlreichen Menschen offen bejubelt. Etliche Christen, nicht zuletzt Priester, zeigten Zivilcourage trotz Agitation und Denunziation. Obwohl der Ring von diskriminieren-

den staatlichen Vorschriften immer enger wurde, gehörte dazu vielfach auch seelsorgliche Betreuung wie menschliche Achtung und Zuwendung, etwa für die Polen, die vom Regime als minderwertige Ausländer betrachtet wurden. Die Berichte von Sicherheitsdienst und Gestapo sprechen eine deutliche Sprache. Vereinzelte Kontakte zu den am stärksten unterdrückten (kirchlich meist orthodoxen) Russen und Ukrainern erforderten ein Höchstmaß an Vorsicht und Zivilcourage und waren sehr gefährlich.

Trotz aller antikirchlichen Maßnahmen blieb die Kirche ein Teil der Gesellschaft. Ordensbrüder und mehr noch -schwestern – 1941 gab

*Küchenbetrieb in einem katholischen Krankenhaus bei Wuppertal (Werbefoto)*



*Marienhospital in Düsseldorf*

es in Deutschland fast 100.000 – waren in allen Teilen der öffentlichen Wohlfahrtspflege tätig; die Zahl der weltlichen Fachpflegekräfte war damals noch gering. In Krankenhäusern, Altenheimen, Waisenhäusern etc., die von den Orden betrieblich geführt wurden (z. B. städtischen), und mehr noch in solchen, die rechtlich der Kirche gehörten, bildeten Ordensschwestern eine festgefügte, im christlichen Geist lebende Gemeinschaft, die den Betrieb des Hauses in fast allen Arbeitsabläufen organisierte und prägte. Solche kirchlichen Einrichtungen halfen selbstverständlich im Krieg mit, z. B. die öffentliche Gesundheitsversorgung aufrecht zu

erhalten, obwohl der Staat 1941 im so genannten "Klostersturm" allein im Erzbistum Köln 18 klösterliche Einrichtungen enteignet hatte. 1945 gab es immerhin noch 243 kirchlich-karitative Einrichtungen der so genannten geschlossenen Wohlfahrtspflege mit ca. 10.500 Plätzen, darunter 57 Krankenhäuser mit fast 4.000 Betten (1933: 76 Krankenhäuser mit gut 10.000 Betten). Viele Ordenseinrichtungen mussten sich Notstandsmaßnahmen der Kriegszeit bis hin zur zeitweiligen Beschlagnahme beugen und waren so permanent vom Entzug des eigenen Ordenshauses bedroht. Zu den Betreuten in solchen Einrichtungen gehörten verwundete Soldaten, vor

## Kirche im „Dritten Reich“

allein aber Zivilpersonen, unter ihnen (vor allem in den Industriegebieten) zunehmend wiederum Zwangsarbeiter aus Gewerbe und Industrie, wo die Krankheitsfälle sich unter den menschenunwürdigen Arbeits- und Lagerbedingungen häuften. So wurden allein im Marienkrankenhaus in Bergisch Gladbach zwischen 1944 und Mai 1945 425 Ausländer behandelt, vor allem Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene aus der Sowjetunion, die oft an Krankheiten wie Flecktyphus oder Tbc litten. Diese Art von kirchlichen Wohlfahrtseinrichtungen sind es gewesen, die mit zunehmender Kriegsdauer auch selbst zu Arbeitsstätten für die Zwangsarbeiter geworden sind.



**Hildegardiskrankenhaus in Köln-Lindenthal: Oben im Bild ein Teil der Krankenhauskapelle nach den Zerstörungen vom Frühjahr 1944. Eine dort tätige Zwangsarbeiterin hat das Foto vom Mai 1944 bis heute verwahrt. In kyrillischer Schrift hat sie oben rechts vermerkt: "Köln".**



## Quellenlage

Als die Recherchen einsetzten, war kein einziger Fall von Zwangsarbeit in kirchlichen Einrichtungen bekannt. Insbesondere in den zentralen kirchlichen Quellen, für Köln im Historischen Archiv des Erzbistums, aber auch in Pfarr- und Dekanatsarchiven, hatte sich nie ein konkreter Hinweis gefunden. Wie sich bald herausstellte, sind kirchliche Zwangsarbeiter kaum in rein kirchlichen Quellen zu finden, sondern in den Arbeitsverwaltungsunterlagen wie Lohnlisten und Versicherungsbüchern. Die Zwangsarbeiter erhielten in der Regel einen geringen Lohn und waren – "Ostarbeiter" seit 1944 – krankenversicherungspflichtig. Hinzu kommen die Einwohnermeldeunterlagen der Kommunen. Die Quellen liegen in unterschiedlichen Archiven, besonders der Städte und Gemeinden sowie bei Versicherungsträgern. Nur selten verfügen die Arbeitgeber nach über 50 Jahren noch über derartige Personalunterlagen. Die Orden besitzen ihre Chroniken. Darin haben die Schwestern gelegentlich

auch die Ausländer erwähnt, doch fehlen dort meist die vollständigen Namen und Daten, die das aktuelle Auffinden der Menschen ermöglichen können. Die Quellenlage ist regional unterschiedlich. Kriegsverluste und spätere damals regulär erscheinende



**Die zerstörte St. Adolphus-Kirche in Düsseldorf nach dem Luftangriff am 23.4.1944**

Aktenaussonderungen und -vernichtungen in Ämtern ließen Unterlagen verloren gehen, die heute schmerzlich vermisst werden. Vor diesem erst nach und nach deutlich werdenen Hintergrund galt es, aus den noch vorhandenen Quellen möglichst viele Zwangsarbeiter zu ermitteln.

# Recherche im Erzbistum Köln

Als am 19. Juli 2000 in Köln erste Hinweise auf den Einsatz von Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen – speziell im St. Josephs-Krankenhaus in Hilden – eingingen, setzten sofort die Ermittlungen ein. Schon am Tag darauf, am 20. Juli,

rief das Erzbistum eine Kommission unter Federführung des Historischen Archivs ins Leben. Diese initiierte umgehend die Erhebung bei Pfarreien, Einrichtungen und Rechtsträgern im Bereich des Erzbistums. Ferner bat das Archiv die Kommunen

um Auskunft aus ihren Einwohnermeldeunterlagen. Bald gingen erste Meldungen von Orden und Krankenhausverwaltungen ein. Mindestens drei Orden hatten sogar noch in den 1990er Jahren ehemaligen Zwangsarbeitern Bescheinigungen ausgestellt. Die Hilfsbereitschaft von allen Seiten war groß. Die Städte (in Köln das NS-Dokumentationszen-

trum) reichten nun etliche eingegangene Anträge von lebenden Zwangsarbeitern weiter. Mit dem Bekanntwerden des direkten kirchlichen Entschädigungswegs wurde der Blick dafür geschärft, dass manche z. B. kölnische Zwangsarbeiter bei der Kirche tätig gewesen waren. Rund die Hälfte dieser (etwa 50) unmittelbaren Antragsteller wurden schließlich tatsächlich als kirchliche Zwangsarbeiter festgestellt. Die katholischen Bischöfe entschieden sich im August 2000 für die Errichtung eines kirchlichen Entschädigungsfonds, der mit 5 Mio. DM ausgestattet wurde – 5000 DM für jeden sicheren oder wahrscheinlichen kirchlichen Zwangsarbeiter,

*Abtransport von Männern aus Rotterdam, 10. November 1944. Bei der Razzia wurden rund 50.000 Rotterdammer zur Zwangsarbeit verschleppt.*



*Einlieferung von Ukrainer/innen in ein Sammellager, 1942. Auch in den besetzten Gebieten der Sowjetunion stockte 1942 trotz Einführung von Melde- und Arbeitspflicht die Anwerbung. Die Zwangsrekrutierungen wurden immer brutaler. Vielerorts wurden regelrechte Menschenjagden durchgeführt.*

ohne Unterschiede nach Art oder Dauer der Beschäftigung. Danach versetzten in Köln wie in anderen Bistümern die Recherchen gezielt bei besonders aussichtsreichen Quellensträngen an. Im Sinn der meist sehr alten Menschen drängte die Zeit. Sehr wichtig war die amtliche Hilfestellung der AOK-Rheinland. Auf Bitten von Generalvikar Dr. Norbert Feldhoff (Köln) vom Januar 2001 stellte sie den in ihrem Bereich lie-

genden (Erz-)Bistümern die nötigen Versicherungsinformationen zur Verfügung. Allein aus dieser Quelle konnten für das Erzbistum Köln rund 280 Zwangsarbeiter nachgewiesen werden, darunter ca. 150 ansonsten unaufspürbare Fälle. Die Arbeit des Historischen Archivs des Erzbistums erforderte viel Spürsinn und fand angesichts des fortgeschrittenen Alters der Betroffenen unter hohem Zeitdruck statt. Für Ein-

## Recherche im Erzbistum Köln

wohnermeldequellen war stets zu prüfen, ob neben dem Wohn- auch wirklich ein Arbeitsverhältnis bestand. Immer galt es zu klären, ob die Einrichtung ggf. vom Regime vollständig enteignet war und damit eine kirchliche Entschädigung aus-



scheiden musste. In einigen wenigen Fällen, wenn vollkommen unklar blieb, welches Haus gemeint war, mussten die Betroffenen später, vor der eigentlichen Entschädigung, noch einmal um Angaben gebeten werden. Bei der Ermittlung wurden sämtliche verfügbaren Archive und

Dokumentationszentren auch internationaler Art genutzt, darunter die Briefsammlung der Gesellschaft "Memorial" in Moskau sowie Daten der in Kiew ansässigen Ukrainischen Partnerorganisation der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft. Wertvolle Aufschlüsse gaben die Entschädigten selber später in Briefen und Gesprächen. Hilfreich waren auch viele Informationen, die die Forscherin Frau Anne Ostermann M. A. (s. u.) aufgrund ihrer Recherchen beisteuern konnte. Auch nach dem Ende der Antragsfrist für kirchliche Entschädigungen am 31.12.2002 wurden noch laufende Recherchen zu Ende geführt. Die Namen der Betroffenen wurden zeitnah dem Deutschen Caritasverband gemeldet. Dieser war für die eigentliche Suche nach den Menschen in den Heimatländern sowie für die konkrete Entschädigung zuständig.



***“Ostarbeiterinnen” vor dem Kolpingdenkmal in Köln. Solche Fotos spiegeln nicht den Alltag wider, sondern entstammen der knapp bemessenen Freizeit in der Stadt. Die schönen Kleider, die zum Ausgang getragen wurden, waren z. T. geliehen. – Nadeschda T. aus Weißrussland (2. von links) musste von 1942-45 in der Hauswirtschaft im Kolpinghaus arbeiten. Die Abbildung links zeigt sie (rechts im Bild) um 1943/44 mit einer Kollegin.***

## Ergebnis

Hier können keine umfassenden Ergebnisse zum Thema geliefert werden. Der wissenschaftlichen Aufarbeitung widmet sich die bereits erwähnte Anne Ostermann in einer Dissertationsarbeit über "Zwangsarbeiter in kirchlichen Einrichtungen im Erzbistum Köln 1939-1945". Das Erzbistum Köln hat diese Recherchen durch ein Promotionsstipendium gefördert. Aber es lassen sich Zahlen und erste Beobachtungen mitteilen:

Bis Oktober 2003 konnten für das Erzbistum Köln 602 Zwangsarbeiter namentlich nachgewiesen werden sowie mindestens 100 weitere, deren Namen nirgends vermerkt sind. Insgesamt sind 102 Einrichtungen in 35 heutigen Kommunen im gesamten Erzbistum betroffen. Die weitaus meisten Arbeitskräfte arbeiteten in Krankenhäusern in der Hauswirtschaft und sind damals ca. 15-25 Jahre alt gewesen. Es wurden 468 Frauen und 206 Männer ermittelt. Vor oder nach dem Einsatz waren viele bei einem nichtkirchlichen Dienstherrn tätig. Unter den



*Zwangsarbeiterinnen des Kolpinghauses in der Breitestraße in Köln (s. auch Bild rechts) bei der Arbeit mit Gemüseboxen.*

## Ergebnis

Kriegsdauer und -intensität. Inwieweit dabei der Einsatz von Zwangsarbeitern planmäßig betrieben oder nur auf Zuteilungen reagiert wurde, ist noch eine offene Frage. In aller Regel sind die Zwangsarbeiter entlohnt worden, jedoch sind auch hier noch Fragen offen. Gelegentlich scheint der Bruttolohn mit Verpflegung, Unterkunft, Briefporto etc. verrechnet worden zu sein.

Die geforderten, z. T. körperlich schweren Arbeiten entsprachen wohl im Wesentlichen dem, was in damaliger Zeit für Hilfskräfte üblich war. Doch mussten manche von morgens früh bis abends arbeiten. Die bisher befragten Ausländer – auch ehemalige "Ostarbeiterinnen" – haben nicht den Eindruck geäußert, schlechter gestellt gewesen zu sein als ihre deutschen Kolleginnen oder Kollegen, darunter auch (junge) Ordensschwestern oder Novizinnen. "Tüchtige" Arbeit war sehr geschätzt. Über eine rassistisch motivierte oder einfach nur fremdenfeindliche Zurücksetzung ist bisher nichts bekannt

geworden. Aber man wird auch klären müssen, wie eng sich die katholischen Arbeitgeber an die sonst übliche Verteilung der Einsatzfelder von Ausländerinnen entsprechend der staatlichen "Hierarchie des Rassismus" hielten (z. B. Verbot der



Pflege von deutschen Patienten durch "Ostarbeiterinnen"). In der Freizeit haben die jungen Menschen das Alleinsein besonders gespürt, zumal manche die kirchlichen Häuser offenbar längere Zeit nicht verlassen durften. Wo es gelegentlich beim Ausgang zu Konflikten mit der Polizei kam ("Ostarbeitern" war z. B. die Nutzung der Verkehrsmittel ver-

ermittelten Nationalitäten dominieren die Menschen aus der Sowjetunion, v. a. Ukrainer, (zusammen 306); es folgen Niederländer (97), Polen (87), sonstige Westeuropäer (78, davon 42 aus Frankreich) sowie Süd- und Südosteuropäer (31). Die Zahl der Zwangsarbeiter bei der Kirche ist mit zunehmender Kriegsdauer angestiegen, weil das Regime immer mehr Menschen, vor allem so genannte "Ostarbeiter" ins Reich deportierte. Von den mit Arbeitszeiten ermittelten Zwangsarbeitern

(Stand Sommer 2003) waren Anfang 1940 kein einziger, Anfang 1941 max. drei, Anfang 1942 dann 41, Anfang 1943 bereits 158, Anfang 1944 201 und Anfang 1945 schließlich 252 bei der Kirche eingesetzt. Kirchliche Einrichtungen im Erzbistum Köln haben also im Wesentlichen erst ab ca. 1942 und – gemessen an der Vielzahl von rund 100 betroffenen Einrichtungen – in zunächst nur wenigen Fällen Zwangsarbeiter eingesetzt. Das änderte sich mit zunehmender

## Ergebnis

boten), da konnten Tadel und Restriktionen die Folgen sein. Einige ehemalige Zwangsarbeiterinnen erinnern sich noch lebhaft an die große Gelassenheit vieler



*Schwester Dolorosa vom Rheinbacher Maria-Hilf-Krankenhaus verschenkte dieses eigene Foto im Herbst 1945 zum Abschied an die "Ostarbeiterin" Walli.*

plötzlich mit ihnen unter einem Dach waren. Grenzen des Miteinander lagen aber in der Distanz der Erfahrungswelten, weil die meisten Deut-

Ordensschwestern und an eigene Empfindungen von emotionaler Wärme, die sie als Mädchen durch Nonnen erfuhren. Gerne haben manche Schwestern die schutzbedürftigen jungen Menschen fern der Heimat förmlich bemutet, andere waren fasziniert von den "fremden Wesen", die

schen die besondere Situation dieser Ausländer und wohl auch die Unrechtssituation ihrer Verpflanzung nach Deutschland letztlich nicht nachempfinden konnten. Auch die kirchlichen Einrichtungen waren sich der Völkerrechtswidrigkeit und des Unrechts an den Menschen wohl überwiegend nicht bewusst. Anders als in der Industrie durften die Ausländer – auch die "Ostarbeiter" – in den Bombennächten mit allen anderen Bewohnern Bunker oder Keller aufsuchen, nicht nur deshalb, weil sie Patienten oder Alte dorthin transportieren mussten. Man wusste, was man an den Ausländern hatte; sie wurden in kirchlichen Einrichtungen, so hat es den Anschein, weder geschunden noch mussten sie, wie später in der Industrie, durch verschiedene Maßnahmen systematisch "bei Laune gehalten" werden. Am Unfreiwilligkeitscharakter ihrer Anwesenheit änderte das nichts.

## Einzelchicksale

***Was Zwangsarbeit letztlich für die Menschen bedeutete, lässt sich heute nur anhand einzelner Schicksale ermessen. Die hier vorgestellten Beispiele zeigen ganz verschiedene Facetten und sollen auch kritische Aspekte nicht verschweigen:***



### Marcelina M.

wird 1942 mit 15 Jahren aus der Ukraine nach Wuppertal deportiert und in einer Privatklinik beschäftigt. Im Mai 1943 wird die Klinik zerbombt, Frau M. und eine Kollegin müssen barfuß fliehen. Sie erfahren Hilfe durch Deutsche, werden dann aber von der Polizei aufgegriffen. Man lässt sie laufen, als sie als Ziel ein kirchliches Krankenhaus nennen, wo sie vorgeben jemanden zu kennen. Im St. Josephskrankenhaus, in einem anderen Stadtteil angekommen, werden sie von den dortigen Nonnen als unbekannte "Ostarbeiterinnen" sehr freundlich aufgenommen ("Sie können sich gar nicht vorstellen, was das nach so viel erlebtem Schrecken für ein Treffen war, obwohl wir fremd waren."). Die Schwestern sind schon

*Zwangsarbeiterinnen des Maria-Hilf-Klosters in der Rolandstr. in Köln vor dem Dom; rückseitig die Widmung: "Für die (...) gute Freundschaft ein Foto für die liebe [Ordens-]Schwester Brigitte, von den ukrainischen Mädchen Vera, Ola, Dora, Maria, Ola, während des Aufenthalts in Deutschland in der Stadt Köln, 1942"*

informiert über die Zerstörung der Privatklinik, lassen sie dableiben und arbeiten. Sie sind gut zu ihnen. Nur vier Wochen später wird auch dieses Krankenhaus schwerst bombardiert. So erlebt Frau M. erneut Zerstörung und Chaos. Der Orden vermittelt sie zur Landesfrauenklinik für hauswirtschaftliche Arbeiten, wo sie zur Oberschwester ein gutes Verhältnis hat. Nach einiger Zeit versetzt man sie in eine Fabrik. Hier muss sie täglich 12 Stunden und mehr an den Maschinen arbeiten und lebt in einem Lager mit Baracken, das mit Stacheldraht umzäunt ist. Die Ernährungslage wird schlechter. Wie durch ein Wunder entkommt sie erneut den Bomben. Als sie 1945 nach Hause zurückkehrt, ist dort das Haus zerstört, das Vieh enteignet, die Eltern sehen "abgequält" aus. Wegen ihrer Zwangsarbeit in Deutschland gibt ihr niemand eine Anstellung. 1990 schreibt Frau M. um eine Entschädigung vergebens nach Moskau. Ihr Brief, den das Historische Archiv



*Nina P., im Foto rechts (mit Brille) zusammen mit einer ukrainischen Kollegin.*

des Erzbistums 2001 aus der Moskauer Briefsammlung "Memorial" ermittelte, bietet zunächst keinen kirchlichen Bezug. Man übergibt ihn an die Stadt Wuppertal, die nun mit Frau M. aus eigenem Antrieb heraus korrespondiert. Erst jetzt fällt das Stichwort "Kloster". Stadt und Historisches Archiv des Erzbistums mühen sich gemeinsam um die nötigen Detailklärungen; schriftliche Beweise fehlen, aber die Schilderung klingt völlig plausibel. Das Erzbistum empfiehlt dem Caritasverband die kirchliche Entschädigung, die im April und Juli 2002 in Höhe von zusammen 5000 DM ausgezahlt wird. 2003 werden die Angaben überraschend noch durch eine amtliche Quelle erhärtet.

## Nina P.

wird 1942, mit 18 Jahren, aus der Ukraine deportiert, als sie gerade ein Studium der Medizin aufgenommen hat. In Köln am Entladebahnhof ist auch eine Nonne anwesend. Dieser erklärt Frau P. ihr Interesse an der Medizin. Sie wird in das katholische Hildegardiskrankenhaus zur Arbeit gebracht. Sie muss dort putzen, polieren, bügeln, täglich fast ununterbrochen. Die Arbeit wird streng kontrolliert und muss in engem Zeitrahmen erledigt werden. Sie erhält kein Bargeld als Lohn. Einige Schwestern und Ärzte sind nett zu ihr; ein Arzt leiht ihr Schallplatten. Sie lernt Köln kennen, hat aber Heimweh, betet – obschon nicht katholisch – alleine in der Kapelle, dass sie bald nach Hause darf. Nach einem Luftangriff flieht Frau P. bis Berlin. Im Zug wird sie vor Frankfurt/O. aufgegriffen, inhaftiert und später zurückgebracht. Den anschließenden Einsatz im Keller bei den unheilbar Kranken empfindet sie als Strafe. Sie leidet unter dieser Arbeit sehr. Die endgültige Zerstörung des Krankenhauses (1944) erlebt sie im Bunker und muss

1944/45 noch einige Zeit bei einem Wirt schwer arbeiten. Bald darauf ist der Krieg aus. Zu Hause kann Frau P. über ihre Erlebnisse mit niemandem reden. 1990 schreibt Frau P. ebenso wie viele andere vergeblich nach Moskau. Später erfährt das NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln von dem Brief und schreibt die Frau an. Sie schildert (1998) ihre Erlebnisse als Zwangsarbeiterin in Köln. Im Sommer 2000 gelangt ihr Fall im Rahmen der Amtshilfe an das Erzbistum. Mit dem Beginn der kirchlichen Entschädigungszahlungen erhält Frau P. im Februar und Mai 2001 die Summe von zusammen 5000 DM. Gleichzeitig lädt die Stadt Frau P. für September 2001 zum Begegnungs- und Besuchsprogramm ein. Zusammen mit einer damaligen Kollegin kommt sie wieder an den Rhein, 56 Jahre nach der Befreiung. Bewegender Höhepunkt des Besuchs, bei dem die Frauen auch von dem Orden der Cellitinnen betreut werden, ist der Besuch der damaligen Wohn- und Arbeitsstätte. Der Kontakt zu den Schwestern besteht bis heute fort.

## Maria K.

wird 1941, mit 21 Jahren, von Polen zur Arbeit nach Deutschland gebracht. Sie gelangt ins Kloster der Kölner Cellitinnen in Heisterbach (bei Bonn). Sie arbeitet in der Landwirtschaft, aber auch als Zimmermädchen im Hotelbetrieb des Ordens; beim Ausgang ins Dorf trägt sie als Polin das P-Abzeichen. 1942 stellen die Nonnen den Antrag, dass auch die jüngere Schwester, damals 16 oder 17 Jahre, zur Arbeit nachkommen kann. Bei einem kurzen Heimataufenthalt in Polen erfährt Maria, dass die Deutschen das gesamte Dorf geräumt und die Bewohner interniert haben; die Eltern seien in Auschwitz umgekommen. Die jüngste der insgesamt drei Schwestern war der Verhaftung entkommen, weil sie auf Verwandtenbesuch weilte. Als Maria K. später an ihrer Arbeitsstätte mit den Nonnen darüber spricht, können diese – der Name Auschwitz hat am Rhein noch keine spezielle Bedeutung – das Gesagte nicht verstehen. Die Ordensschwestern vertreten klar die Ansicht, die Bewohner müssten etwas Schlechtes getan haben, sonst hätten "die Deutschen"



*Polizeiliches Passbild der deutschen Behörde.*

sie nicht so "bestraft". Maria wird von den Deutschen getröstet, findet aber nur teilweise Verständnis. Das Thema wird gemieden. Ihre Vorgesetzten sind sämtlich Ordensschwestern; sie wird korrekt behandelt, bleibt bis zur Befreiung im März 1945 und kehrt dann zusammen mit ihrer jüngeren Schwester nach Polen zurück.

2000 ermittelt das Erzbistum ihren Fall. Die Caritas sucht in Polen nach ihr. Im Frühjahr 2001 wendet sich Frau K. wegen einer Bescheinigung erfolgreich an die Schwestern. Von einer kirchlichen Entschädigungsmöglichkeit weiß sie zu der Zeit noch nichts. Fast zeitgleich findet auch die Caritas ihre Anschrift. Frau K. und ihrer Schwester bekommen im März und Juni 2001 die Entschädigung von jeweils zusammen 5000 DM.

## Alexander van L.



*St. Josephs-Krankenhaus, Haan*

ist niederländischer Jude und muss daher in seiner Heimat getarnt leben. Mit ca. 17 Jahren wird er 1944 mit anderen Landsleuten zur Zwangsarbeit bei der Reichsbahn nach Wuppertal geschickt. Er wohnt in einem Lager, einer Turnhalle im nahen Haan. Als das Risiko der Entdeckung seiner Identität steigt, gelingt ihm über persönliche Kontakte die Anstellung als Hilfgärtner im Krankenhaus; im Chaos des frühen

Jahres 1945 hat er sich der kontrollierten Arbeit bei der Reichsbahn offensichtlich entzogen. Er arbeitet unter Aufsicht des Gärtners und schläft weiter in der Turnhalle; ins Krankenhaus ist er nicht integriert. Sein Essen erhält Toni J. (so sein Tarnname) von den Schwestern an separatem Ort außerhalb des Speisesaals. Seine wahre Identität kennt nur er. Er überlebt den Krieg und kehrt zurück. Alle seine Familienangehörigen sind ermordet worden. Auf Herrn van L. weist im März 2001 ein Leser der Kirchenzeitung hin, die einen Zeitzeugenaufruf des Erzbistums abgedruckt hatte. Der Leser hatte den ihm namentlich nicht bekannten Niederländer vor Jahren bei der Besichtigung der Synagoge in einer holländischen Großstadt kennengelernt; dabei hatte der jüdische Mann von seinem Überleben in einem kirchlichen Krankenhaus in Haan gesprochen. Kurze Zeit später gelingt es, Herrn van. L. in den Niederlanden zu finden. Er erhält im Juni und September 2001 die Entschädigung von zusammen 5000 DM.

# Entschädigung und Versöhnung

Oft wird gefragt, was das Charakteristische am kirchlichen Entschädigungsweg im Vergleich zu anderen Wegen des Entschädigens ist. Es ist direkte Hilfe, die den Betroffenen



*Mitarbeiterinnen des Kölner Hildegardis-Krankenhauses 1943.*

geboten wird durch unaufgeforderte und unbürokratische Nachweise ihrer Zwangsarbeit. Die allermeisten von ihnen erfuhren so erst durch die Benachrichtigung des Caritasverbandes von den Bemühungen speziell der Katholischen Kirche. Oft hatten sie sich zuvor anderweitig um Entschädigung bemüht und waren von

Behörden vertröstet oder abgewiesen worden.

Die schwierige Arbeit des aktuellen Auffindens oblag dem Kirchlichen Suchdienst bzw. dem Deutschen Caritasverband. Man kann sich vorstellen, was es heißt, eine Person in der ehemaligen Sowjetunion zu finden, von der ansonsten nur das Geburtsdatum bekannt ist, und der womöglich sprachlich verstümmelte Name des Geburtsorts. Dennoch konnte bis Oktober 2003 in immerhin fast 200 Fällen der aktuelle Verbleib aufgespürt werden. In bislang 72 Fällen erfolgte eine Entschädigung.

50 Jahre lang hat Deutschland seiner Zwangsarbeiter kaum gedacht. Mit Vornamen hatte man sie angeredet. Schon nach wenigen Jahren waren sie wieder außer Landes. Einige Briefkontakte gab es, aber mit dem Altwerden der Kriegsgenerationen schwand die Erinnerung; nicht nur bei der Kirche. Der Schrecken des Krieges hatte ohnehin vieles Erinnerungswürdige und auch die unbequemen Fragen überlagert. Die Ent-



*Anastasia S. und Nina P. 2001 an ihrer ehemaligen Arbeitsstätte in Köln. Im Fotoalbum der Schwestern vom Orden der Cellitinnen (Augustinerinnen) entdecken sie sich plötzlich auf einer ihnen unbekanntem Gruppenaufnahme (Foto S. 22). Die Frauen sind darüber tief bewegt, dass "etwas von ihnen" immer in Deutschland präsent geblieben ist.*

schädigung aus Deutschland kommt spät. Die Betroffenen sind alt, mindestens um die 75 Jahre; so kam es vor, dass die unerwartete Nachricht einige noch buchstäblich auf dem Sterbebett erreicht hat. Viele aber sind seit langem schon tot. Der Caritasverband bittet die Menschen in einem persönlichen Schreiben "das Ihnen zugefügte Unrecht, an dem auch die Katholischen Kirche

Mitschuld trägt, zu verzeihen" und bietet ihnen die Entschädigung an. Nach Rücksendung eines sehr leicht verständlichen Formulars von einer Seite und einer Pass-Kopie zur Sicherstellung der Identität erfolgt die Entschädigung. Die Reaktionen der Betroffenen auf die in der Form unerwartete Geste kann man in ihrer Unmittelbarkeit und ihrer versöhnlichen Tiefe schwerlich mit Worten

beschreiben. In Telefonaten, Briefen und in direkten Kontakten wie dem erwähnten Besuch mit der Begegnung an der damaligen Arbeitsstätte bei den Ordensschwestern wurde für alle Anwesenden spürbar, wie tiefge-

hend der besondere Charakter des kirchlichen Entschädigungsweges die Menschen berührt. Viele äußern ihre Dankbarkeit darüber, dass man "in dem fernen Land" an sie denkt und ihnen unvermittelt ein Stück späte Gerechtigkeit zukommen lässt. Man hat das Gefühl, dass diese Leute

vielfach erst jetzt diese Facette ihres Lebens verarbeiten. Selbstverständlich werden die beteiligten Einrichtungen und Orden über die Entschädigung "ihrer" Fälle informiert. Alle

Orden, Pfarreien, Stadtcaritasverbände oder Städte, die den Wunsch nach weiterreichenden Versöhnungskontakten äußern, erhalten für diesen Zweck die jeweiligen Adressen. Das Historische Archiv des Erzbistums Köln hat zentral zunächst über 40 Entschädigte um Schilderung ihrer Erlebnisse gebeten und ein überwältigendes Echo gefunden. Mit jeder Todesanzeige aber, die gelegentlich als Antwort auf eine solche Kontaktaufnahme eintrifft, wird auf Neue deutlich, wie alt und gebrechlich viele der Betroffenen sind. Auch wenn daher oft kaum noch weitere Kontakte möglich sein werden, so ist den Menschen die unerwartet "aus Deutschland" kommende Geste der Katholischen Kirche allein schon große Genugtuung und tiefes Zeichen der Versöhnung; eine neue Erfahrung durchaus für beide Seiten und eine Mahnung für die Zukunft, die Würde eines jeden Menschen zu allen Zeiten zu respektieren.



*Begegnung zwischen ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und den Ordensschwestern im Kölner Hildegardis-Krankenhaus 2001.*

HEGEL, Eduard, Das Erzbistum Köln zwischen der Restauration des 19. Jahrhunderts und der Restauration des 20. Jahrhunderts (1815-1962) (= Ders. (Hg.), Geschichte des Erzbistums Köln, Bd. 5), Köln 1987, hier S. 604-630.

VON HEHL, Ulrich, Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln 1933-1945 (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 23), Mainz 1977.

HELBACH, Ulrich, Quellen in Registraturen und Archiven der Katholischen Kirche zur Erforschung der Zwangsarbeit in Deutschland 1939 bis 1945, in: Wilfried REININGHAUS/Norbert REIMANN (Hg.), Zwangsarbeit in Deutschland 1939-1945. Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschließungsstrategien (Bielefeld 2001), S. 161-174, – sowie zusätzlich in: Klaus BARWIG/Dieter R. BAUER/Karl-Joseph HUMMEL (Hg.), Zwangsarbeit in der Kirche. Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung (Stuttgart 2001) (= Hohenheimer Protokolle, Bd. 56), S. 143-161.

HELBACH, Ulrich/OEPEN, Joachim, Einsatz von Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen im Bereich des Erzbistums Köln. Ein Werkstattbericht (PEK skript 1.9.2000), Köln 2000 (zugleich in geringfügig überarbeiteter Form in: ANNALEN DES HISTORISCHEN VEREINS FÜR DEN NIEDERRHEIN 203 (2000) [erschienen 2001], S. 183-211).

HERBERT, Ulrich, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des "Ausländer-Einsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 2. Aufl. 1999.

HOCKERTS, Hans Günter, Ausblick: Kirche im Krieg. Aspekte eines Forschungsfeldes, in: Peter PFISTER (Hg.), Katholische Kirche

und Zwangsarbeit. Stand und Perspektiven der Forschung (= Schriften des Archivs des Erzbistums München und Freising, Bd. 1), Regensburg 2001, S. 47-55.

HÜRTEIN, Heinz, Seelsorge an Zwangsarbeitern als Problem der Kirche, in: Peter PFISTER (Hg.), Katholische Kirche und Zwangsarbeit. Stand und Perspektiven der Forschung (= Schriften des Archivs des Erzbistums München und Freising, Bd. 1), Regensburg 2001, S. 24-27.


KAMINSKY, Uwe, Dienen unter Zwang. Studien zu ausländischen Arbeitskräften in Evangelischer Kirche und Diakonie im Rheinland während des Zweiten Weltkriegs, Köln 2002.

OEPEN, Joachim/RUNDE, Julia, Ausländische Patienten in den Patientenbüchern des Marien-Krankenhauses in Bergisch Gladbach 1939-1945. Eine Quelle zu Zwangsarbeit und Kriegsgefangenschaft, in: Geschichte in Köln 48 (2001), S. 155-171.

OSTERMANN, Anne, "Fremdarbeiter" in Einrichtungen der katholischen Kirche in Düsseldorf, in: Clemens von Looz-Corswarem (Hg.), Zwangsarbeit in Düsseldorf. "Ausländereinsatz" während des Zweiten Weltkrieges in einer rheinischen Großstadt, Düsseldorf 2002, S. 527-541.

SPOERER, Mark, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939 bis 1945, Stuttgart 2001.

TRIPPEN, Norbert, Josef Kardinal Frings (1887-1978) Bd. 1, (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 94), Paderborn u.a. 2003.



Herausgegeben vom  
Presseamt des Erzbistums Köln  
V.i.S.d.P: Dr. Manfred Becker-Huberti  
50606 Köln  
Tel.: 0221/1642-1411  
Fax.: 0221/1642-1610  
E-mail: presse@erzbistum-koeln.de  
Redaktion: Carsten Horn

Text: Dr. Ulrich Helbach (Historisches Archiv des Erzbistums Köln),  
Beauftragter des Erzbistums Köln für die Zwangsarbeiterfragen

Gestaltung: Nicolaysen, Köln

Druck: Druckerei Kopp, Köln



**Bildnachweis:**

Caritasverband Düsseldorf S. 7; Stadtarchiv Düsseldorf S. 9; Cellitinnen, Köln-Lindenthal S. 22; Joachim Gloger, Köln: S. 23, 24; Histor. Archiv des Erzbistums Köln S. 4, 5, 6 li., 8 u., 17; NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln S. 8 o., 10 li., 11 (BP 21860: aus der NS-Schrift von F. Diedier, Europa arbeitet in Deutschland, Berlin 1943), S. 12-15, 18; Stadtarchiv Königswinter S. 20 (Foto: Dieter Oeckl, Köln); Pfarrei St. Martin, Rheinbach S. 16; Gemeentearchief Rotterdam S. 10 u., Provinzarchiv der Steyler Missionsschwestern, Wickede-Wimbern S. 6 u., 21 (beide Fotos: Dieter Oeckl, Köln).